

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern



LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in: Kreisverband Ortenau

Beschlussdatum: 10.11.2025

Änderungsantrag zu PRO-2

Nach Zeile 293 einfügen:

In allen allgemeinbildenden Schulen wollen wir ein verbindliches Gesundheitscurriculum entwickeln und einführen, um die Gesundheitskompetenz der Schülerinnen und Schüler zu stärken.

Begründung

Gesundheit ist Grundvoraussetzung für erfolgreiches Lernen. Kinder und Jugendliche, die körperlich und psychisch gesund sind, können sich besser konzentrieren, lernen nachhaltiger und sind im Alltag belastbarer. Gleichzeitig steht fest: Gesundheit wird erlernt. Kompetenzen im Umgang mit Stress, Ernährung, Bewegung, Medien, Sexualität, Suchtmitteln und sozialen Konflikten entstehen nicht von allein, sondern müssen gezielt aufgebaut werden.

Die Kultusministerkonferenz hat bereits 2012 betont, dass Gesundheitsförderung zu den zentralen Bildungs- und Erziehungsaufgaben gehört. Die WHO fordert mit ihrem Programm „Health Promoting Schools“ seit vielen Jahren, Schulen systematisch gesundheitsfördernd zu gestalten. Studien zeigen, dass strukturierte Gesundheitsförderung messbare Verbesserungen erzielt: bei Bewegung, Ernährung, Tabakkonsum, psychischem Wohlbefinden und Mobbing.

Baden-Württemberg verfügt derzeit über die Leitperspektive „Prävention und Gesundheitsförderung (PG)“ im Bildungsplan sowie Programme wie stark.stärker.WIR. und zahlreiche Einzelinitiativen. Diese sind wertvoll, doch sie genügen nicht, um allen Schüler*innen verbindlich dieselben Chancen auf Gesundheitskompetenz zu bieten. Was fehlt, ist ein einheitliches, verbindliches Curriculum, das Inhalte, Kompetenzen, Zeitbudgets und Qualitätsstandards klar vorgibt und überprüfbar macht.

Ein Gesundheitscurriculum soll altersgestuft Kompetenzen vermitteln: in der Grundschule die Grundlagen gesunder Ernährung, Bewegung, Konfliktfähigkeit und Mediennutzung; in der Sekundarstufe I vertiefte Kenntnisse zu psychischer Gesundheit, Suchtprävention, Sexualität, sozialem Miteinander und digitaler Welt; in der Sekundarstufe II weiterführende Inhalte zu Gesundheitsökonomie, Erste Hilfe, Partizipation und gesellschaftlicher Verantwortung.

Das Curriculum soll verbindliche Zeitfenster umfassen, aber auch fächerübergreifend wirken. Lehrer*innen werden durch Fortbildungen und geprüfte Materialien unterstützt. Jede Schule entwickelt ein eigenes Gesundheitskonzept und benennt Präventionsbeauftragte, die auf Landesebene geschult und vernetzt werden. Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation sichern Qualität und Weiterentwicklung.

Stand im Landtag: In den Jahren 2024 und 2025 hat der Landtag Baden-Württemberg mehrfach

Aspekte schulischer Prävention, Sozialarbeit und Schutzkonzepte beraten (z. B. Drs. 17/8909). Dabei verwies die Landesregierung auf die Leitperspektive „Prävention und Gesundheitsförderung (PG)“ und Programme wie stark.stärker.WIR. Ein eigenständiges, verbindliches Gesundheitscurriculum wurde jedoch bislang nicht diskutiert oder beschlossen. Genau diese Lücke soll unser Antrag schließen.

Ein verbindliches Gesundheitscurriculum bedeutet nicht, zusätzliche Belastungen für Schulen zu schaffen. Im Gegenteil: Es bündelt bestehende Maßnahmen, sorgt für Klarheit und Qualitätssicherung und macht Gesundheitsförderung planbar und messbar. Dabei sollen vorhandene Strukturen – insbesondere das ZSL, die Schulpsychologischen Beratungsstellen und kommunale Netzwerke – gezielt genutzt werden.

Gesundheitsförderung ist Bildungsgerechtigkeit: Kinder aus bildungsnahen Haushalten profitieren bereits heute stärker von gesundheitsförderlichen Lebensbedingungen. Ein verbindliches Curriculum sorgt dafür, dass alle Kinder – unabhängig von Herkunft oder sozialem Status – die gleichen Chancen auf einen gesunden Start ins Leben haben.

Zusammenfassung: Wir fordern, dass Baden-Württemberg ein verbindliches Gesundheitscurriculum einführt. Damit werden Gesundheit, Lernfreude und Chancengleichheit nachhaltig gestärkt. Unser Land braucht eine Schule, die nicht nur Wissen vermittelt, sondern Kinder und Jugendliche befähigt, gesund und selbstbestimmt zu leben.